

1 **Antrag an die Landsdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen zur Weiterleitung an den**

2 **Landesparteitag der SPD Sachsen**

3

4 Antragsteller: Landesarbeitskreis Hochschule

5

6 Bildung ist mehr als eine ökonomische Notwendigkeit- Nein zur TU Dresden Stiftung!

7

8 Wir lehnen den Plan der Universitätsleitung der TU Dresden, selbige in eine Stiftung
9 öffentlichen Rechts umzuwandeln, sowie das dazu vorgelegten Eckpunktepapier ausdrücklich
10 ab. Die Hochschulen Sachsens sind integraler Bestandteil der Gesellschaft und gestalten über
11 ihre Lehre und Forschung unser Land mit. Aufgrund dieser gesamtgesellschaftlichen
12 Bedeutung werden sie im Idealfall auch demokratisch kontrolliert. Die angestrebte
13 Überführung der TU Dresden in eine Stiftung erscheint vor diesem Hintergrund
14 problematisch.

15

16 Begründung:

17 *Die TU Dresden sowie das Universitätsklinikum samt der Medizinischen Fakultät der TU*
18 *Dresden sollen gemäß dem Wunsch der Universitätsleitung durch eines „TU Dresden-*
19 *Gesetz“ in eine Stiftung öffentlichen Rechts überführt werden- in einer für Deutschland*
20 *einmaligen Form. Die TU Dresden ist danach umfassend für die Regelung ihrer Belange*
21 *zuständig, insbesondere für Personal-, Grundstücks- und Bauangelegenheiten. Sie besitzt*
22 *Personalhoheit. Die von ihr genutzten Grundstücke und das bewegliche Vermögen gehen aus*
23 *dem Eigentum des Staates unentgeltlich in Stiftungseigentum über.*

24 *Das Konzept sieht vor, dass die Entscheidungskompetenzen darüber (sowie auch über*
25 *Hochschulentwicklungsplanung, Gliederung der TU Dresden, Einrichtung, Änderung und*
26 *Aufhebung von Studiengängen, Wirtschaftsplanentwurf, Berufung von Professoren) allein im*
27 *Stiftungsrat und im dem Stiftungsvorstand gebündelt werden, welcher sich zur Hälfte aus*
28 *Vertreter/innen der Wirtschaft zusammensetzt und die Universität nach*
29 *Betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten führen soll. Die übrigen Gremien sollen in*
30 *fakultätsübergreifenden Fragen der Hochschulorganisation- wenn überhaupt – nur beratend*
31 *einbezogen werden. Faktisch beschreibt das Konzept daher eine Abschaffung der*
32 *Gruppenuniversität. In der jetzigen Organisationsform wird ein Großteil der Entscheidungen*
33 *von Gremien getroffen, in denen die verschiedenen Interessengruppen an der Universität*
34 *miteinander sprechen und gemeinsam Mehrheitsentscheidungen aushandeln müssen. Die*
35 *dadurch erreichte Pluralität der Perspektiven, welche sich in den Entscheidungen*

1niederschlägt, der dadurch erreichte Grad an Verständnis für andere Standpunkte und für die
2Gesamtsituation stellen darüber hinaus eine weitere Funktion dar, die durch autokratische
3Entscheidungsweisen nicht gegeben ist. Sie stellen Akzeptanz für Entscheidungen her, was
4eine zügige Umsetzung von Beschlüssen fördert. Die Verwaltungsform nach dem
5Stiftungskonzept vermag dies nicht zu schaffen!

6Im Bezug auf die Personalhoheit wurde des Weiteren bereits die Möglichkeit des Ausstieges
7aus dem Tarifvertrag und der VBL angekündigt und auch die kostengünstige Vergabe von
8Räumen der TU an studentische Organisationen wurde in Frage gestellt. Auch das kann nicht
9im Sinne sozialdemokratischer Hochschulpolitik sein!

10Die mit diese Umwandlung angestrebte finanzielle Gesundung der TUD ist darüber hinaus
11sehr fraglich, da nicht zu erwarten ist, dass die Industrie eine wirtschaftlich geführte
12Universität künftig mit Geldern überhäufen wird. Selbst dann nicht, wenn die Hälfte der
13Ratsmitglieder Vorstandvorsitzende irgendwelcher Unternehmen sind. Eher ist zu erwarten,
14dass eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführte Universität die Gelder
15intern umstrukturiert wird und für die Wirtschaft nicht relevante Bildungs- und
16Forschungszweige den Geldhahn zugedreht bekommen. Die gesamte Forschung und Bildung
17an der TUD würde damit ökonomischen Prinzipien unterworfen. Für Sozialdemokratinnen
18und Sozialdemokraten muss Bildung aber mehr sein, als eine ökonomische Notwendigkeit!